

Ein Rache- und Haßurteil gegen den Genossen Münch!

Das Innenministerium der Unwahrheit überführt

Vor dem gemeinsamen Schlichtergericht fand eine Verhandlung gegen die Genossen Münch und Hanold statt. Der Verhandlung lag ein Zusammenstoß mit der Polizei nach einer Versammlung in „Dammers Hotel“, Striesen, zugrunde. In der Versammlung sprachen damals einige ausländische Genossen. Die Versammlung wurde angeblich aufgefordert, im geschlossenen Zuge zum Barbarosaplatz zu marschieren.

Von der 14. Polizeiinspektion wurde daraufhin Polizei angefordert. Diese erhielt den Auftrag, sich an die Gluckstraße zu begeben. Die Beamten, die man anscheinend vorher ausgespitzt hatte, fuhren aber bis zur Wartburgstraße, weil sie wußten, daß dort eine kommunistische Versammlung war.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Beamten, obgleich sie von dem Führer dazu noch keinen Befehl hatten, ausgezogen und gegen die sich gerade sammelnden Versammlungsteilnehmer in der brutalsten Weise vorgegangen waren.

Diese Feststellung vor Gericht ist wesentlich, sie kennzeichnet die Methode des Innenministers Müller. Auf eine Anfrage der Kommunisten im Landtag erklärte das Innenministerium, die Beamten seien angegriffen worden. Diese Darstellung ist vor Gericht widerlegt, die Aussagen des Führers müßten dem Innenminister aber auch bekannt sein. Er hat also den Landtag glatt anlügen lassen, oder Kühn hat das Innenministerium belogen. Sie sind einander wert.

Weiter wurde vor Gericht festgestellt, daß die Beamten ohne jede Veranlassung zwei Jahrenträger angegriffen haben und diese in ein Auto zu drängen versuchten. Die über dieses Vorgehen empörte Menge leistete dann Widerstand.

Die Beamten erklärten, daß sie nicht gewußt hätten, ob die Versammlungsteilnehmer nach 10 Uhr demonstrieren dürften und berechtigt seien, Fahnen zu tragen. Das ist bezeichnend für die Methode des Sozialdemokraten Kühn. Dieser würdige Vertreter der Arbeiterklasse hat keine Zeit, die Beamten über die Rechte der Bürger aufzuklären, er muß Feldherrnübungen gegen die Arbeiter abhalten, damit er der Bourgeoisie beweist, er ist unentbehrlich.

Vor Gericht wurde ausdrücklich das brutale und unberechtigte Vorgehen der Polizei festgestellt. Der Staatsanwalt hielt aber seine Anklage wegen Landfriedensbruch und Aufruhr aufrecht. Eigentlich gehörten die Hüter der Ordnung ins Gefängnis.

Dem Genossen Münch wurde zur Last gelegt, er solle einen Beamten vom Rad gestoßen und das Rad zertrümmert haben. Genosse Hanold habe durch Handhochheben das Zeichen zum Angriff gegen die Polizei gegeben und dabei ausgesprochen: „Schlagt die Hunde tot!“

Genosse Münch erklärte, er sei mit seiner Frau aus der Stadt gekommen, er habe das Rad auf den Straßenbahnlinien liegen sehen, es aufgehoben und an den Rand der Straße geführt. Dort wäre er von einem der zu dem inzwischen zurück-

geführten Ueberfallkommando gehörigen Beamten mit dem Gummiknütel über den Kopf geschlagen, festgenommen und auf das Auto gebracht worden. Hanold, der an der Versammlung teilgenommen hat, erklärte ebenfalls, daß Münch noch vor nichts getan hätte, als er auch schon mit dem Knüttel geschlagen und in den Wagen gebracht worden sei. Der Angeklagte behauptete dann noch, die Versammlung sei ruhig auseinandergegangen, eine Demonstration sei nicht beabsichtigt gewesen. Die Fahnen hätten vorher im Saal als Dekoration gedient und sollten wieder mit nach Hause genommen werden. Er habe niemand bedroht und auch nicht aufgehetzt.

Von den Zeugen befandete ein Polizist, der beim Ueberfallkommando war, die Beamten wären mit Strohknoten beworfen worden und hätten, da kein Führer zu ermitteln gewesen sei, die Fahnenträger festgenommen, wobei zur Brechung des Widerstandes von den Schlägern Gebrauch gemacht worden wäre. Umzüge seien zwar nicht verboten, doch hätte man Ruhe schaffen wollen! Die zwei nächsten Polizeizeugen, darunter der Geschlagene, bestätigten im übrigen Münch, was die Anklage dem Münch zur Last legte. Dieser blieb trotzdem bei seiner Darstellung; er war der Meinung, daß sich die Zeugen in der Person irren müßten. Als weitere Zeugen die Festigung der Ehefrau des Münch genau dessen Angaben. Das Zeugnis der Frau erhielt insofern Bedeutung, als sie während der Untersuchungshaft ihres Mannes — obwohl er am dem Abend sofort verhaftet worden war und infolgedessen eine Besprechung zwischen Mann und Frau nicht hat stattfinden können — bereits die gleichen Angaben gemacht hat. Sie sagte aus, daß sie mit ihrem Mann erst dann in der Nähe des Tatortes angelangt sei, als das Rad bereits auf den Schienen lag. Ein Zivilzeuge sowie ein Straßenbahner hatten ebenfalls nur gesehen, daß Münch das Rad aufgehoben hatte. Was Hanold anbelangte, so vermochte ein Polizist lediglich zu sagen, daß der die Drohungen ausstößende Mann einen Volkshai wie Hanold gehabt hätte!

Trotz dieser vollständig unzulänglichen und zur Deckung des brutalen Vorgehens der Polizei konstruierten Aussage, beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung des Genossen Münch zu 1 Jahr Gefängnis.

Die Anklage gegen den Genossen Hanold mußte der Staatsanwalt fallen lassen.

Dank der Vertiefung durch den Rechtsanwalt Dr. Stöber verurteilte das Gericht den Genossen Münch zu 6 Monaten Gefängnis. Das Urteil ist ein ausgesprochenes Tendenzurteil eines Klassenrichters.

Erst vor einigen Tagen hat der Landtag verlangt, daß die politischen Prozesse nicht mehr geführt werden sollen, wenn es sich um geringfügige Vergehen handelt. Der Wert des sozialdemokratischen Antrages und die Versprechungen des Justizministers werden durch dieses Urteil treffend gekennzeichnet.

berungswesen beantragt, eine Novelle zum Lichtspielgesetz und Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Schundliteratur. Lichtbildstreifen sollen für Jugendliche unter 18 Jahren nicht zugelassen werden, wenn sie die republikanische Staatsverfassung herabsetzen. Ingesamt verlangt der Ausschuss eine strengere Zensur für alle Filmveranstaltungen.

Die Regierung kündigt an, daß ein Lichtspiel- und Bühnengesetz in Vorbereitung ist. Nach Ausführungen der Deutschnationalen und Sozialdemokraten wird die Beratung abgelehnt.

Dann werden Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Kemler (Kommunist) und von Felsch (deutsch-völkisch) mit 201 gegen 97 Stimmen bei 6 Stimmenthalten abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.

Vor einem Rache der Berliner Metallindustrie

Berlin, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Metallindustrie ist ein Konflikt ausgebrochen. Der Lohnstarif, der am 5. April abläuft, enthält die Einführung der 8- bis 10-stündigen Arbeitszeit. Der dortige Metallarbeiterverband fordert, daß regulär 8 Stunden Arbeitszeit einzuhalten sind. Sämtliche Ueberstunden sind vom Betriebsrat abhängig zu machen und zu bezahlen. Diese Forderungen sind vom Verband der Metallindustrie nicht abgelehnt worden. Die Situation ist verärgert dadurch, daß die Kupferschmiede bereits streikten. Die Unternehmer drohen, 8000 Arbeiter auszusperrn, wenn die Kupferschmiede nicht bis Sonntag erklären, daß sie die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen werden.

Die Deutsche Volkspartei für Jarres

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei beschlossen, dem Reichsbund die Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang vorzuschlagen.

Keine Zeugen mehr im Magdeburger Prozeß. Der „Vorwärts“ atmet erleichtert auf: Es werden im Magdeburger Prozeß keine Zeugen mehr vernommen.

Die Maulhelden beginnen die Kapitulation

Die „Linke“, „Meißner Volkszeitung“ schreibt gestern zur Präsidentschaftswahl unter der Ueberschrift „Gute Wehrheit für die Republik“ folgendes: „Die Ausschichten der Linken im zweiten Wahlgang werden hier im großen und ganzen günstig beurteilt. Unter der Voraussetzung, daß es gelingt, sich auf einen wirklich populären Kandidaten zu einigen und die Wand der Reaktion rechtzeitig zu durchkreuzen. Man gibt sich in vollem Umfang davon Rechenschaft, wie schwer es für die sozialdemokratische Partei, die eigentliche Siegerin im ersten Wahlgang, sein wird, ihren Kandidaten zugunsten eines bürgerlichen Politikers zurückzugeben. Man hält dieses Opfer aber für unumgänglich notwendig, da Braun unter keinen Umständen auf die gesamten Zentrumswähler rechnen könne.“

Die Ausführungen beweisen, wie ernst die Opposition der „Linken“ zu nehmen ist.

Das italienische Proletariat regt sich

Wie unser italienisches Bruderblatt „L'Unita“ meldet, fand am 25. März eine große kommunistische Versammlung in Rom statt.

Tausende Proleten, größtenteils Arbeiterinnen der Tabakmanufaktur, folgten mit großem Interesse den Ausführungen unseres Redners, des Kammerdeputierten Damen, der über gewerkschaftliche und politische Fragen referierte.

Nach Schluß der Versammlung demonstrierten die Massen unter Hochrufen auf die proletarische Revolution und den Kommunismus.

Als die Polizei erschien, um die Organisatoren des Meetings zu verhaften, mußte sie sich vor der drohenden Stimmung der Arbeiter zurückziehen.

Erwidlung der Revolution den Teilforderungen mehr Aufmerksamkeit widmen. Jeder Jugendliche muß in die Gewerkschaften eintreten und dort für die Einheit kämpfen. Angesichts der Kriegsgesahr muß die antimilitaristische Arbeit verstärkt werden. Ebenso muß die Arbeit unter dem Bauerntum stärker werden.

Gen. Gallacher (England) betont die Notwendigkeit der Disziplin, was gleichzeitig Selbstdisziplin voraussetzt. Die Betriebsräte stellen die Grundlage dar für die Organisation der Arbeiterkräfte in den Betrieben, der Hochburgen des Kapitalismus. Die antimilitaristische Arbeit ist notwendig, sonst überlastet den Gen. Emerald und die anderen die Krise im Schloß. Die KPdZ darf nicht vergessen, daß die Defektoren von heute die Faschisten von morgen sind. Die Pflicht der Kommunisten ist die Stabilisierung des Kapitalismus zu verhindern. Die Organisation der Erwerbslosen ist eine erstklassige Aufgabe. Die Gewerkschaften dürfen nicht geschwächt werden. In England ist eine neue revolutionäre Welle im Ansteigen. Wir müssen eine starke kommunistische Partei schaffen, sie in den Betrieben verwurzeln, antimilitaristische Propaganda führen, das Bündnis mit dem Bauerntum herstellen und die Reserven der Bourgeoisie neutralisieren.

Scoccumate (Italien)

führt aus: „Das wichtigste Moment im Wirtschaftlichen Italiens ist die Disharmonie zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die Feuerernte wächst. Infolge des Dawes-Planes verhärtet sich die Krise. Die Zerklüftung der proletarischen Organisationen und die verschärfte Lage des Kleinbürgertums machen den Kampf um Teilforderungen besonders wichtig. Der Faschismus konnte die eigenen Organisationen nicht zusammenzuschließen. Die Sozialisten spielen eine derartig verärgerte Rolle wie die Sozialdemokraten in Deutschland, sie unterstützen die Reformisten und wollen mit ihnen eine Labour-Party schaffen. Die Verschärfung der Agrarkrise schafft die Voraussetzung zur Bildung von Arbeiter- und Bauernkomitees. Die komplizierte Lage rief zwei Abweichungen hervor. Die Rechte glauben an die Normalisierung, was keine große Gefahr bedeutet, da die Partei diese Auffassung ablehnt. Die Linken meinen, den Faschismus durch einen Atomangriff stärker zu können. Bordiga ist Doktrinär und unfähig, die elastische leninistische Doktrin der konkreten Lage anzupassen. Der Faschismus war eine gute Lehre für die kommunistische Partei Italiens und förderte ihre Volkshewerung.“

In der Abendigung des 28. März führt

Genosse Domski (Polen)

aus: Die Stabilisierung ist nicht so fest wie die Bourgeoisie denkt. Als Rodet und Brandler den Sieg des Faschismus feststellten, verließen sie ihre opportunistische Taktik zu dermaßen. Die Bourgeoisie glaubt bereits, ohne sozialdemokratische Hilfe mit der Diktatur regieren zu können. Von einer dauernden Stabilisierungsperiode kann keine Rede sein. Der Parteitag der kommunistischen Partei Polens stellte fest, daß die Konstellation neue Konflikte, besonders aber eine große revolutionäre Spannung unter den Bauernmassen hervorrief. Die politischen Arbeitermassen sind politisch aktiv geworden, was bewirkt wurde, sowohl durch die Kampagne aus Anlaß des Lencuelli-Prozesses, wie durch die Dombrowsker Ereignisse, die 30000 Proletarier in Bewegung brachten. Die politische Partei arbeitet erfolgreich unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen. Die Rechte in der tschechischen Partei muß ideologisch bekämpft werden, gründlich und radikal. Die Parteien müssen auf Aktion eingestellt werden. Die Ereignisse in Dombrowo zeigen, wie eine bolschewisierte Partei kämpfen kann.

Reichstag

Im Reichstag beantragten gestern die Kommunisten bei Eintritt in die Tagesordnung die sofortige Besprechung der kommunistischen Interpellation über den Sicherheitspaß. Der Präsident Löbe erklärte, daß der Votestanten beschließen habe, jetzt davon abzusehen. Da dem Antrag widersprochen wird, ist derselbe erledigt. Eine längere Debatte fand dann ein über die Bekämpfung der Schundliteratur. Der Ausschuss für Bil-

dem die zertrümmern müssen, und daß gerade die Zertrümmern dieses Staates unteren politischen Sieg über die Bourgeoisie kennzeichnet, erfordern wir die Stabilitätstheorie, wonach innerhalb des kapitalistischen Staates eine Schwerverfassung, eine Sozialisierung und gar eine Regierung der Arbeiter möglich wären. So stützten wir die Marxische Theorie völlig um, allerdings indem wir sie auf den Kopf stellten.

Das sind die wichtigsten Fehler unserer Vergangenheit. Wir sehen hier von den anderen ab. (Der Rolle der Partei, der nationalen und Bauernfrage usw.)

Welche Politik haben wir mit dieser Theorie betrieben?

Die Politik, daß wir in Heidelberg den revolutionären Teil des Spartakusbundes abgestoßen haben; daß wir die unabhängigen Arbeiter, die zu uns in Halle gestoßen sind, nicht zu Kommunisten erzogen haben; daß wir 1921 zwar in der Märzaktion gesiegt haben, aber die Situation weder vor, noch nach dem Kampfe verstanden haben; daß wir aus den richtigen Parolen der Einheitsfront, der Führung von Teilstämpfen, der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung als Slogan für die Diktatur des Proletariats eine Stabilitätstheorie gemacht haben, die zu der Theorie der Schwerverfassung, Sozialisierung und der Arbeiterregierung innerhalb des kapitalistischen Staates geführt hat, also zur völligen Leugnung des Sturzes der Bourgeoisie der Forderung der Sozialdemokratie, der Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats. Praktisch führte diese Theorie zur banalen parlamentarischen Komödie in Sachen.

Unsere alte Politik hat dahin geführt, daß wir im innersten Krisenjahr der Bourgeoisie, 1923, der SPD, erlaubt haben — trotzdem die Massen zu uns standen —, die Bourgeoisie zu retten und die erste Welle der Revolution mit dem Siege des Kapitals und seiner Handlanger abzuwehren.

Das ist das Ergebnis unserer alten Politik. So verliert die gesamte Mitgliedschaft die Politik, die wir in den vergangenen Jahren getrieben hatten. Die bittere Zeit nach dem Oktober hat uns dieses Verständnis eingeblaut.

Und jetzt denke man sich, wir hätten in der gegenwärtigen Periode, der Zeit des Sieges der Bourgeoisie und der Festigung der Sozialdemokratie, die alte Politik fortgesetzt, das heißt wir hätten die alte Einheitsfront der SPD gegenüber betrieben: Verwandlung der Sozialdemokratie zum linken Flügel der Bourgeoisie zum rechten Flügel der Arbeiterklasse (also Anerkennung der SPD als Partei des Proletariats); wir hätten weiter eine Anerkennung der Klassenverhältnisse im bürgerlichen Staat durch Schwerverfassung, Sozialisierung und, den gegebenen Verhältnissen angepaßt, auch durch die Person des Reichspräsidenten für möglich gehalten (wir stimmten dann für Braun, „als das kleinere Übel“) — wo würden wir mit dieser Politik heute stehen? Nicht bei der SPD, und bei der kommunistischen Internationale. Wir würden heute dort, wo ein Teil der Spartakusleute steht — wir meinen die „konsequenten“ Spartakusleute, die nicht lernen wollten aus den Erfahrungen der Revolution —, wir würden bei der Sozialdemokratie!

Wenn es heute noch eine kommunistische Partei gibt, wenn zu unserer Partei heute Millionen der besten und tapfersten Arbeiter Deutschlands stehen, dann nur deswegen, weil wir mit der alten Politik gedrohen haben, weil wir an unseren und den russischen Erfahrungen gelernt haben, und weil wir vor allem heute den Leninismus haben, der uns der sicherste Kompaß in unserem schwierigen und dornenvollen Weg zum Siege über das Kapital ist.

Gerade die gegenwärtige Situation, gerade dieses Wahlergebnis liefert den besten Beweis für die Richtigkeit unserer Politik. Noch intensiver, noch eingehender werden wir den Leninismus studieren, noch rücksichtsloser, noch umfassender werden wir unsere Mängel und Fehler selbst stellen, noch zäher und entschlossener werden wir für die Volkshewerung der Partei arbeiten, weil nur so der Sieg über die Ausbeuter und ihre Trabanten möglich ist. Nur mit Lenin werden wir siegen!

Die Partei ist auf dem richtigen Wege!

Die Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern

(Impresario) Moskau, 29. März.

Nach Eröffnung der Sitzung dankte Gen. Reich (Frankreich) der Opfer der Grubenkatastrophe in Mexikanisch. Die Exekutive beschloß die Ablegung eines Resolutionsgramms.

Gen. Christa von der KPdZ.

führt aus, daß die Wirtschaft keine Isolierte, harte Wirtschaft und Finanzkrise durchlebt. Die Bourgeoisie rückt mit Hilfe des Auslandskapitals eine Konsolidierung auf Kosten des Proletariats, was durch die Ueberindustrialisierung erschwert wird und eine Verschärfung der Klassenverhältnisse herbeiführt. Die KPdZ ist eine gute proletarische Partei, die bolschewisiert werden muß. Der zweite Parteitag verbesserte die theoretische Linie der Partei. Die Durchführung der Volkshewerung hängt auf große Schwierigkeiten, da manche Funktionäre, wie beispielsweise Buchnik, diese Arbeit laborieren. Die Besetzung der Liquidatoren, die Erledigung der Opportunisten ist die Voraussetzung der Volkshewerung. Die Partei hat 800 Betriebszellen, die politisch aktiviert werden müssen.

Mit der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften ist nur erst ein Anfang gemacht. Der internationale allgewerkschaftliche Verband muß die Initiative zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit ergreifen. Ein zweiter Schritt auf diesem Gebiete wäre die Vereinigung der deutschen mit den tschechischen Gewerkschaften. Die Bauernbewegung in den tschechischen Gebieten ist härter, in den deutschen Gebieten schwächer. Nach dem zweiten Parteitag veränderte die Parteiministerheit Maßnahmen gegen die Diktatur auszuführen. Selbst Gen. Emerald verlor die Sache so hinzustellen, als ob die Zentrale unproletarische Handlungen verteidigen wollte. Die Brüder Arbeiter lehnten die Thesen der Aboloten ab. Die Linie der Partei ist durch den fünften Kongreß vorgezeichnet. Auf der Plattform der Volkshewerung müssen wir uns alle einigen. (Beifall.)

Genosse Bajowitsch von der Jugendinternationale betont die Notwendigkeit des Bruches mit der sozialdemokratischen Ideologie. Alle Parteien müssen der Jugendbewegung mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Aufgabe der KPdZ war es, Massenverbände zu schaffen. Einen richtigen Massenverband haben wir in der Sowjetunion, eine gute Organisation in Frankreich, was beweist, daß die Methode richtig war. Verhältnismäßig gute Resultate sind in Italien seit der neuen Anti-Bordiga-Leitung und in Amerika zu verzeichnen. Schlechtere Resultate sehen wir dort, wo in den Parteien der Kampf gegen den Opportunismus geführt werden muß. Wenn Gen. Emerald uns vorwirft, daß der Jugendverband in der tschechischen Gruppe 12000 Mitglieder hat, so ist dies kein Schuld. Keine Gruppe der tschechischen Jugend unterstützt die Opportunisten. Die Jugend muß infolge der verlangsamten